

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuss

16. WP - 111. Sitzung

am Donnerstag, dem 4. Dezember 2008, 10 Uhr,
in Sitzungszimmer 142 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Günter Neugebauer (SPD)

Vorsitzender

Hans-Jörn Arp (CDU)

Tobias Koch (CDU)

Jens-Christian Magnussen (CDU)

Frank Sauter (CDU)

Peter Sönnichsen (CDU)

Holger Astrup (SPD)

Birgit Herdejürgen (SPD)

Olaf Schulze (SPD)

i. V. von Anna Schlosser-Keichel

Dr. Heiner Garg (FDP)

i. V. von Wolfgang Kubicki

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weitere Abgeordnete

Anke Spoorendonk (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Verabschiedung der Voten zu den Bemerkungen des Landesrechnungshofs 2008	5
Beschlussempfehlung der Arbeitsgruppe Haushaltsprüfung vom 26. November 2008 Umdruck 16/3701	
2. Entlastung des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein für das Haushaltsjahr 2006	7
Empfehlung der Arbeitsgruppe Haushaltsprüfung vom 27. November 2008	
3. Entwurf eines Gesetzes über die Festsetzung des Steuersatzes für die Grunderwerbsteuer	8
Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/2285 (überwiesen am 12. November 2008 an den Finanzausschuss)	
4. Kommunalbericht 2008 des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein	9
(Verfahrensfragen)	
5. Information/Kenntnisnahme	10
Umdruck 16/3656 - Europäische Förderfonds Umdruck 16/3657 - Nachfragen zu Einzelplan 10 Umdruck 16/3658 - Finanzausgleichsgesetz Umdruck 16/3659 - Abfallwirtschaft Umdruck 16/3690 - KLR-Jahresbericht der Staatskanzlei 2007 Umdruck 16/3692 - Verwaltungsvorschriften zur Vermögensrechnung Umdruck 16/3706 - Schloss Glücksburg	
6. Verschiedenes	11

7. Entwurf eines Haushaltsstrukturgesetzes zum Haushaltsplan 2009/2010 12

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/2150

(überwiesen am 10. September 2008)

- Änderungsanträge der FDP-Fraktion
Umdrucke 16/3635 und 16/3698
- Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Umdrucke 16/3684 und 16/3685
- Änderungsanträge der Abgeordneten des SSW
Umdruck 16/3697
- Änderungsvorschläge der Landtagsverwaltung
Umdruck 16/3672
- Änderungsvorschlag der Landesregierung
Umdruck 16/3738
- Änderungsvorschlag der Landesregierung
Umdruck 16/3737
- Änderungsvorschläge der Landesregierung (Nachschiebeliste)
Umdrucke 16/3600 und 16/3629
- Änderungsanträge der Fraktionen von CDU und SPD
Umdrucke 16/3714 (neu) und 16/3715 (neu)

(Beschlussfassung)

hierzu: Umdrucke 16/3708, 16/3730 und 16/3735 (Hochschulen)

Der Vorsitzende, Abg. Neugebauer, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Verabschiedung der Voten zu den Bemerkungen des Landesrechnungshofs 2008

Beschlussempfehlung der Arbeitsgruppe Haushaltsprüfung vom 26. November 2008

Umdruck 16/3701

Auf eine Frage von Abg. Astrup zum Votum zu Textziffer 22 - Staatliche Schule für Hörgeschädigte und Staatliche Schulen für Behinderte - bestätigt P Dr. Altmann, die Formulierung „unter Neugestaltung der Strukturen in Schleswig“ bedeute, dass die Einrichtungen und Strukturen insgesamt überprüft und eine einheitliche Leitungsstruktur herbeigeführt werden sollten.

Abg. Herdejürgen fragt den Rechnungshof, wann die neuen Strukturen umgesetzt werden sollten.

Abg. Heinold erklärt, wenngleich sie den meisten Punkten in den Voten zustimme, könne sie die Voten insgesamt nicht mittragen, weil BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dagegen seien, auch in den Kernbereichen der Landesverwaltung Personal abzubauen, und die Errichtung der Anstalt Schleswig-Holsteinische Landesforsten nicht begrüße.

Abg. Spoorendonk lehnt Personaleinsparungen im Bildungsbereich ab, trägt die Voten aber grundsätzlich mit.

P Dr. Altmann merkt an, zwischen den verbalen Festlegungen in den Voten und dem Haushaltshandeln des Landtages bestünden gewisse Differenzen. Zusätzliche Ausgaben sollten gedeckt werden und der Haushalt auch im Vollzug verfassungsgemäß bleiben.

Auch der Vorsitzende bekräftigt seine Erwartung an Parlament und Regierung, die Kreditobergrenze auch im Haushaltsvollzug einzuhalten und das politische Handeln an den in Textziffer 7 niedergelegten finanzpolitischen Notwendigkeiten auszurichten.

Der Finanzausschuss ist damit einverstanden, dass die Landesregierung ihren Bericht zum Pilotprojekt „Effizienzsteigerung der Umsatzsteuer-Sonderprüfung“ im ersten Quartal 2009 gibt (Textziffer 15).

Mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimmen von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfiehlt der Ausschuss, der Landesregierung für das Haushaltsjahr 2006 Entlastung zu erteilen.

Mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimme von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfiehlt der Ausschuss, die Feststellungen, Forderungen und Berichtspflichten in den Textziffern 6 bis 23 anzunehmen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Entlastung des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein für das Haushaltsjahr 2006

Empfehlung der Arbeitsgruppe Haushaltsprüfung vom 27. November 2008

Einstimmig empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, dem Landesrechnungshof für das Haushaltsjahr 2006 Entlastung zu erteilen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes über die Festsetzung des Steuersatzes für die Grunderwerbsteuer

Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/2285

(überwiesen am 12. November 2008 an den Finanzausschuss)

Abg. Herdejürgen führt aus, dass ihre Fraktion zwar gewisse Sympathien für diesen Antrag hege, es jedoch keine Einigung mit dem Koalitionspartner gebe und die SPD diesen Antrag deshalb ablehnen werde.

Abg. Heinold bedauert dies und weist darauf hin, dass mit dem Vorschlag für eine Steuererhöhung der vorschulische und Bildungsbereich gestärkt werden solle. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hätte die Einnahmen und Ausgaben gern miteinander verbunden; im Gesetz gehe dies nicht, wohl aber im Ziel. Sie geht davon aus, dass die Landesregierung in den nächsten Jahren die Grunderwerbsteuer erhöhen und die Einnahmen nicht für den vorschulischen Bereich nutzen werde. Sie setzt sich dafür ein, zusätzliche Einnahmen eins zu eins im vorschulischen Bereich, insbesondere zur Qualitätssteigerung, einzusetzen.

Abg. Dr. Garg unterstützt die Koalitionsfraktionen in ihrer Ablehnung des Antrages. Es sei ein völlig falsches Signal, in der heutigen Zeit die Steuern zu erhöhen. Außerdem hätten die Menschen, die begünstigt werden sollten, erst einmal die Steuer zu zahlen. Letztlich schließe das Nonaffektionsprinzip eine Eins-zu-eins-Umsetzung der Einnahmen aus. Es bliebe lediglich eine Steuererhöhung.

Gegen die Stimme von Abg. Heinold empfiehlt der Finanzausschuss dem Landtag, den Gesetzentwurf über die Neusetzung des Steuersatzes für die Grunderwerbsteuer abzulehnen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Kommunalbericht 2008 des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein

(Verfahrensfragen)

Bei Textziffer 5 bittet der Vorsitzende den Rechnungshof darum, über Erfahrungen zu berichten, inwieweit Kommunen das Instrument Finanzderivate bisher genutzt und auf das Know-how des Finanzministeriums zurückgegriffen hätten.

Der Finanzausschuss bittet den fachlich zuständigen Innen- und Rechtsausschuss, sich mit dem Kommunalbericht 2008 des Landesrechnungshofs zu befassen und dem Finanzausschuss zu gegebener Zeit eine Stellungnahme zuzuleiten. Der Bericht soll dann in der Arbeitsgruppe Haushaltsprüfung beraten werden.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Information/Kennntnisnahme

Umdruck 16/3656 - Europäische Förderfonds

Umdruck 16/3657 - Nachfragen zu Einzelplan 10

Umdruck 16/3658 - Finanzausgleichsgesetz

Umdruck 16/3659 - Abfallwirtschaft

Umdruck 16/3690 - KLR-Jahresbericht der Staatskanzlei 2007

Umdruck 16/3692 - Verwaltungsvorschriften zur Vermögensrechnung

Umdruck 16/3706 - Schloss Glücksburg

Der Finanzausschuss nimmt die o. a. Umdrucke zur Kenntnis.

Auf eine Nachfrage von Abg. Heinold zu **Einzelplan 10** räumt RL Maaß ein, dass die Nachschiebeliste in einem Punkt nicht dem Tatbestand entspreche. - Abg. Heinold bittet um mehr Ehrlichkeit gegenüber dem Finanzausschuss. - Der Vorsitzende verweist auf die Landeshaushaltsordnung, welche die Regierung zu Haushaltsklarheit und -wahrheit verpflichte.

Die Nachfrage des Vorsitzenden zu **Schloss Glücksburg**, dass keine Bezuschussung für den laufenden Betrieb der Stiftung mit der Zuwendung verbunden sei, bejaht RL Dietze von der Staatskanzlei. Ebenfalls bejaht er die Nachfrage des Vorsitzenden, dass damit auch keine Aufgabe der Rechtsposition des Landes gegenüber der Stiftung verbunden sei.

Weiter führt er aus, dass der Förderbescheid, der nach Zustimmung des Parlaments zum Haushalt ergehen solle, einerseits eine klare Befristung enthalte - das heiße, das Ganze sei angelegt auf die Haushaltsjahre 2009 und 2010 - und andererseits deutlich gemacht werde, dass die bestehenden Rechtspositionen selbstverständlich nicht aufgegeben werden sollten. Mit diesem Bescheid und mit diesem Handeln sollten keine neuen Rechtsverpflichtungen für die weitere Zukunft eingegangen werden.

Der Finanzausschuss legt Wert darauf, dass die Stiftung nicht institutionell gefördert wird und begrenzt die Zuwendung auf die Jahre 2009 und 2010, wie es die Koalitionsfraktionen in ihren Änderungsanträgen, Umdruck 16/3714 (neu), auf Seite 8 und 9 vermerkt haben. Es handelte sich um eine einmalige Zuwendung für zwei Jahre.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Verschiedenes

- a) Der Vorsitzende weist darauf hin, dass in den nächsten zwei **Wochen** die **Akten** des Wissenschaftsministeriums zur **Murmann School** im Ausschussbüro eingesehen werden können (Umdruck 16/3726).

- b) Der Finanzausschuss fasst ins Auge, die im Terminplan ausgewiesene Sitzung am 18. Dezember 2008 ausfallen zu lassen und die nächste Sitzung am 15. Januar 2009 durchzuführen.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Entwurf eines Haushaltsstrukturgesetzes zum Haushaltsplan 2009/2010

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/2150

(überwiesen am 10. September 2008)

- Änderungsanträge der FDP-Fraktion
Umdrucke 16/3635 und 16/3698
- Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Umdrucke 16/3684 und 16/3685
- Änderungsanträge der Abgeordneten des SSW
Umdruck 16/3697
- Änderungsvorschläge der Landtagsverwaltung
Umdruck 16/3672
- Änderungsvorschlag der Landesregierung
Umdruck 16/3738
- Änderungsvorschlag der Landesregierung
Umdruck 16/3737
- Änderungsvorschläge der Landesregierung (Nachschiebeliste)
Umdrucke 16/3600 und 16/3629
- Änderungsanträge der Fraktionen von CDU und SPD
Umdrucke 16/3714 (neu) und 16/3715 (neu)

(Beschlussfassung)

hierzu: Umdrucke 16/3708, 16/3730 und 16/3735 (Hochschulen)

Abg. Herdejürgen stellt die als Tischvorlage eingebrachten Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen, Umdrucke 16/3714 (neu) und 16/3715 (neu), vor. Punkt 3 des Antrages Umdruck 16/3715 (neu) erhält folgende Fassung: „§ 10 des Haushaltsentwurfs 2009/2010 wird ersetzt durch die Regelung des § 10 Haushaltsgesetz 2007/2008. Das Finanzministerium wird ermächtigt, die Deckungsvermerke des Haushalts 2007/2008 wieder auszubringen.“

St Dr. Wulff trägt zwei Änderungsvorschläge der Landesregierung vor, die dem Finanzausschuss nach einer zehnminütigen Sitzungsunterbrechung mit den Umdrucken 16/3737 und 16/3738 schriftlich vorgelegt werden.

Abg. Dr. Garg - unterstützt von Abg. Heinold - kritisiert das Verfahren. Dass die Koalition in letzter Minute Änderungen nachschiebe, die nicht schriftlich vorlägen, sei ungehörig und eine Missachtung des Parlaments.

Die Fraktionen verständigen sich darauf, aus zeitökonomischen Gründen auf Einzelabstimmungen zu verzichten, und erklären, eine Ablehnung der Haushaltsanträge der jeweils anderen Seite dürfe nicht als Ablehnung aller Anträge gewertet werden.

Die Abg. Dr. Garg und Heinold begründen ihre Ablehnung der Koalitionsanträge damit, dass die zusätzlichen Ausgaben nicht gedeckt seien.

Abg. Spoorendonk hebt darüber hinaus die Beteiligung des Landes an den Kosten der Schülerbeförderung zu den dänischen Schulen hervor und erwartet, dass die drei betroffenen Kreise mitzögen. Sie bedauert, dass die Große Koalition keine weitere Förderung des nicht wissenschaftlichen Personals an der Universität Flensburg vorsehe.

Der Änderungsantrag der FDP-Fraktion Umdruck 16/3635 wird mit den Stimmen von CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimme der FDP abgelehnt.

Der Änderungsantrag der FDP-Fraktion Umdruck 16/3698 wird mit den Stimmen von CDU, SPD gegen die Stimme der FDP bei Enthaltung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Der Änderungsantrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Umdruck 16/3685 wird mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimme von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Antrag 2 im Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Umdruck 16/3684 (Aufgabenübertragung an die Investitionsbank) wird mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimmen von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt. Die übrigen Punkte des Änderungsantrages von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Umdruck 16/3684 werden mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimme von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Von den Änderungsanträgen der Abgeordneten des SSW Umdruck 16/3697 werden die Anträge zu den Positionen Danevirke Museum, Verband landwirtschaftlicher Vereine und - in modifizierter Form - Nordfriesisches Institut - mit den Stimmen von CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimme der FDP angenommen. Die übrigen Punkte des SSW-Änderungsantrages werden einstimmig abgelehnt.

Die Änderungsvorschläge der Landtagsverwaltung Umdruck 16/3672 werden einstimmig angenommen.

Der Änderungsvorschlag der Landesregierung Umdruck 16/3738 DEGES, der von den Koalitionsfraktionen als Änderungsantrag übernommen wird, wird mit den Stimmen von CDU und SPD bei Enthaltung von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Der Änderungsvorschlag der Landesregierung Umdruck 16/3737, der von CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN als Änderungsantrag übernommen wird, wird mit den Stimmen von CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der FDP angenommen.

Der Änderungsvorschlag der Landesregierung, von den Koalitionsfraktionen als Änderungsantrag übernommen, Umdruck 16/3629 wird mit den Stimmen von CDU und SPD bei Enthaltung von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Die Nachschiebeliste der Landesregierung, von den Koalitionsfraktionen als Änderungsantrag übernommen, Umdruck 16/3600, wird mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimmen von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Nummer 3 des Änderungsantrages der Koalitionsfraktionen Umdruck 16/3715 (neu) wird in geänderter Fassung einstimmig angenommen, die Punkte 1 und 2 mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimme der FDP bei Enthaltung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Die Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen Umdruck 16/3714 (neu) werden mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimmen von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Das Haushaltsstrukturgesetz Drucksache 16/2150 mit den beschlossenen Änderungen wird mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimmen von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Der Vorsitzende, Abg. Neugebauer, schließt die Sitzung um 11:50 Uhr.

gez. Günter Neugebauer

Vorsitzender

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer